
Wohlfahrtspflege in der Weimarer Republik: Zivilgesellschaftliche Akteure oder Vertreter von Partikularinteressen?

Karl-Heinz Boëßenecker

Einleitung

Wird es nach Diakonie, Caritas, Paritätischem, Rotes Kreuz, Arbeiterwohlfahrt und Jüdischer Wohlfahrtspflege nun bald auch einen muslimischen Spitzenverband der Wohlfahrtspflege geben? Noch ist die Frage nicht eindeutig beantwortet. Aber zu sehen ist, dass die Debatte hierüber in den letzten Jahren zunehmend an Fahrt gewonnen hat und der Kreis der Protagonisten einer solchen Organisationsperspektive größer wird. Orientiert an der beachtlichen Organisationsmacht der spitzenverbandlich organisierten deutschen Wohlfahrtspflege¹ und dem hiermit vermuteten Einfluss auf Staat und Gesellschaft zeigen sich Bestrebungen, dieses Modell im Kontext einer muslimischen Wohlfahrtspflege kopieren zu wollen.² Handlungsleitend ist hierbei nicht nur die inzwischen größer gewordene Gruppe der dauerhaft in Deutschland lebenden Muslime und die damit verbundene Herausbildung einer spezifischen sozialen Infrastruktur. Unterstellt werden darf eben-

-
- 1 Vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege – BAGFW 2013: Einrichtungen und Dienste der Freien Wohlfahrtspflege. Gesamtstatistik 2012. Berlin.
 - 2 Vgl. IslamiQ 2014: Wohlfahrtspflege. Islamische Impulse für den Sozialstaat. <http://www.islamiq.de/2014/08/31/wohlfahrtspflege-islamische-impulse-fuer-den-sozialstaat/>; Kölner Stadtanzeiger vom 15.3.2016: Zentralrat der Muslime reformiert Verband.

so auch das Motiv, durch die Gründung eines eigenen Wohlfahrtsverbandes in den Genuss staatlicher Bezuschussungen und einer weitgehenden Refinanzierung sozialer Einrichtungen und Dienste zu kommen. Ob dieses Vorhaben mit dem erhofften Erfolg verbunden sein wird, bleibt abzuwarten. Einleitend ist gleichwohl daran zu erinnern, dass es vor rund 30 Jahren im Kontext sich bundesweit organisierender neuer sozialer Bewegungen schon einmal den Versuch gab, abseits der etablierten und wenig innovativ angesehenen Spitzenverbände die Gründung eines eigenen und alternativen Wohlfahrtsverbandes zu forcieren. Veranstaltet von der Bundesarbeitsgemeinschaft „Soziales und Gesundheit – Die Grünen“ wurde diese Grundsatzdebatte u. a. auf der im Juni 1985 stattfindenden 9. BAG-Tagung mit dem programmatischen Titel „Brauchen wir einen siebten Wohlfahrtsverband? Selbsthilfe, alternative soziale Dienste und grüne Sozialpolitik“ geführt.³ Über regionale Gründungen kam dieser Versuch nicht hinaus.⁴ Letztlich führten diese Diskussionen zu der Einschätzung, aus Gründen befürchteter Bürokratisierungs- und Verrechtlichungsprozesse sowie damit verbundener Autonomieverluste basisdemokratischer Initiativen von einer solchen Neugründung abzusehen. Stattdessen wurde der Ausbau lokaler und regionaler Netzwerke weiter betrieben und die Zusammenarbeit mit solchen Wohlfahrtsverbänden gesucht, die sich gegenüber den neu entstehenden Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen als offen zeigten. Von dieser Entwicklung profitierte in besonderer Weise der Paritätische Wohlfahrtsverband, der hierdurch einen starken Mitgliederzuwachs erfuhr und sich insbesondere in großstädtischen Regionen faktisch zum wohlfahrtsverbandlichen Dachverband für Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen und anderen sozialpolitischen Aktionsgruppen entwickelte.⁵ Auch wenn die Ausgangssituationen und die Anlässe der damaligen Diskussionen keineswegs mit den aktuellen Überlegungen vergleichbar sind, so zeigen beide Vorgänge eine sukzessive Annäherung und Akzeptanz gegenüber dem deutschen Referenzmodell des Wohlfahrtskorporatismus, und dies aus zunächst skeptisch-ablehnenden Haltungen unterschiedlicher sozialer Milieus.

Dass dieses Modell weniger der Entwicklung der Bundesrepublik geschuldet ist, sondern in der Gründungsphase der Weimarer Republik entstand und nach dem Desaster des deutschen Faschismus gewissermaßen in die Wirklichkeit der neu ge-

-
- 3 Vgl. Rundbrief Nr. 7 der Bundesarbeitsgemeinschaft Soziales und Gesundheit der Grünen 1985; Einladung und Material zur Fachtagung „Brauchen wir einen 7. Wohlfahrtsverband?“ (Unterlagen befinden sich im Archiv Grünes Gedächtnis, Heinrich-Böll-Stiftung e. V. Berlin).
 - 4 Vgl. Alternativ & sozial – also. Dachverband – Landesverband Hamburg e. V. (i.G.), später aufgegangen in Soal – Alternativer Wohlfahrtsverband e. V. Hamburg, gegründet 1985.
 - 5 Beispielhaft: Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e. V. 2015.

gründeten Bundesrepublik prolongiert wurde, ist hierbei wenig bewusst. Die spezifischen Bedingungen und machtpolitischen Interessenkonstellationen dieses verbändekorporatistischen Modells geraten damit immer stärker aus dem Blick und führen leicht zu dessen sozialstaatlichen Mystifizierung. Der Beitrag fokussiert deshalb die Gründungskontexte der etablierten Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege und zeichnet nach, unter welchen Bedingungen und Voraussetzungen es überhaupt gelingen konnte, während der Weimarer Republik ein verbändelobbyistisches Netzwerk zu formieren, das unter subsidiären Bedingungen den Handlungsvorrang der freien Wohlfahrtspflege bei einer weitgehenden staatlichen Refinanzierung ihrer Einrichtungen und Dienste durchsetzen konnte. Dass die hiermit verbundenen Regelungen und Rechtsbeziehungen in der nachfaschistischen Periode Deutschlands in den Anfangsjahren der Bonner Republik erneut revitalisiert wurden und im Wesentlichen bis heute Bestand haben, ist Anlass, diese Entwicklung genauer nachzuzeichnen.

Historische Gründungskontexte der deutschen Wohlfahrtsverbände

Die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege proklamieren in ihrem aktuellen Selbstverständnis, mit ihren Diensten und Leistungen wesentlich zum Funktionieren einer demokratischen und sozialstaatlich verfassten Sozialordnung beizutragen. Als zivilgesellschaftliche Organisationen vermitteln sie sich heute als Wächter, Mahner und Mitgestalter eines sozialen und demokratischen Verfassungsstaates.⁶ In diesem Kontext nehmen sie nicht nur zahlreiche Aufgaben wahr, sondern sind in vielen Bereichen die eigentlichen Organisationen und Träger sozialinfrastruktureller Einrichtungen und Dienste.⁷ Nicht zuletzt hieraus leitet sich ihr Anspruch auf eine weitgehend öffentliche (Re-)Finanzierung ihres Leistungsspektrums und ihrer Verbände ab. Dass diese Handlungsdominanz ordnungspolitisch nicht unumstritten ist, zeigen die seit den 1970er Jahren zahlreich vorliegenden kritischen Analysen, Stellungnahmen und Gutachten u. a. auch die Berichte der Monopolkommission.⁸

-
- 6 Vgl. BAGFW 2002: Die Freie Wohlfahrtspflege. Profil und Leistungen. Lambertus Verlag, Freiburg
 - 7 Vgl. Karl-Heinz Boeßenecker, Michael Vilain 2013: Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege. Eine Einführung in Organisationsstrukturen und Handlungsfelder sozialwirtschaftlicher Akteure in Deutschland. Beltz Juventa, Weinheim und Basel.
 - 8 Vgl. u. a.: Deutscher Bundestag 1998: 13. Wahlperiode. Drucksache 13/11291, 17.07.98, Sachgebiet 703: Zwölftes Haupthutachten der Monopolkommission 1996/1997; Dirk Meyer 2003: Wettbewerbliche Diskriminierung privat-gewerblicher Pflegeheimbe-

Merkwürdig ahistorisch erscheint in diesem Legitimationskontext deshalb das heute durch die Verbände der freien Wohlfahrtspflege öffentlich präsentierte Selbstverständnis und die damit beanspruchte Rolle in der Gesellschaft sowie im politischen Entscheidungsprozess. Weitgehend ausgeblendet bleibt hierbei nämlich, dass die Gründungskontexte der deutschen Wohlfahrtsverbände alles andere widerspiegeln, als die Intention, Entwicklungen hin zu einer sozialen und demokratischen Verfassungsordnung zu befördern. Dass es den Wohlfahrtsverbänden ursprünglich um etwas anderes ging, zeigt der Rückblick in die Entstehungszeit einer staatlichen Sozialpolitik und karitativen Wohlfahrtspflege während des 19. Jahrhunderts.

Eingebettet in den verfassungsrechtlichen Rahmen einer konstitutionellen Monarchie bestanden zunächst nur lokal bzw. regional begrenzt wirkende Initiativen einer überwiegend christlichen Wohlfahrtspflege. Unter dem Label „christliche Liebestätigkeit“ waren diesbezügliche Aktivitäten primär volksmissionarisch motiviert. Seelenrettung und der Schutz vor ideologischen, d. h. säkularen Einflüssen waren gleichermaßen Anlass und Ziel und sollten mittels konkreter sozial-karitativer Integrationshilfen erreicht werden. Diese christliche Liebestätigkeit zielte keineswegs uneigennützig auf die Beseitigung von Notlagen und die Stärkung von Selbsthilfepotentialen, sondern war instrumentell auf eine erfolgreiche Missionstätigkeit und den damit verbundenen verstärkten kirchlichen Machtzuwachs gerichtet. Die innerhalb der jeweiligen kirchenpolitischen Gebietskörperschaften der katholischen und protestantischen Kirche sich bildenden lokalen Initiativen erforderten hierbei zunehmend weitergehende Formen der Zusammenarbeit und Koordinierung.⁹ Schon 1849 entstand der „Centralausschuss für die Innere Mission“, fast fünfzig Jahre später gründete sich 1897 der „Caritasverband für das katholische Deutschland“. Die handelnden Personen waren zumeist Pastoren bzw. Priester, die in ihrem lokalen-regionalen Umfeld entsprechende Initiativen ergriffen und auf überlokale Zusammenschlüsse drängten. Für das protestantische Milieu beispielhaft zu nennen sind Theodor Fliedner (1800 – 1864) und Johann Hinrich Wichern (1808 – 1881); ihr Pendant im katholischen Milieu waren Personen wie Adolph Kolping (1813 – 1865) und Lorenz Werthmann (1855 – 1921). Und natür-

treiber. In: Sozialer Fortschritt. Jg. 52, Heft 10/2003; Arne von Boetticher/Johannes Münder 2010: Europäisches Wettbewerbsrecht versus Sozialsubventionen in der Kinder- und Jugendhilfe. In: Blickpunkt Jugendhilfe. 15. Jg., Heft 2/2010, S. 3–22.

- 9 Vgl. hierzu u. a.: Dankwart Danckwerts: Grundriß einer Soziologie sozialer Arbeit und Erziehung. Zur Bestimmung der Entwicklung von Sozialarbeit und Sozialpädagogik in der BRD. Beltz Verlag, Weinheim und Basel 1978. Insbes. S. 55 ff. Richard Münchmeier: Zugänge zur Geschichte der Sozialarbeit. Juventa Verlag, München 1981. Insbes. S. 18 f., 26 ff. und 38 ff.

lich gab es zahlreiche weitere lokal agierende Pfarrer und Priester, die ähnlich aktiv waren. Als *wohlfahrtsverbandliche* Akteure noch nicht auf der Bühne waren in dieser Entwicklungsphase das Rote Kreuz, der Jüdische Wohlfahrtsverband, der Paritätische Verband sowie die Arbeiterwohlfahrt.

Auch den staatlichen Akteuren, sprich den Repräsentanten und Vollzugsbeamten obrigkeitsstaatlicher Organe einer vordemokratischen Ordnung, ging es nicht um bürgerschaftliche Selbsthilfe, Armutsbekämpfung und die Bewältigung prekärer Lebenslagen als Folge weitgehend ungehemmt stattfindender Industrialisierungs- und Verstärkerprozesse. Ziel war vielmehr die Kontrolle und Befriedung neu entstehender Unterschichten und damit verbunden die Abwehr herrschaftsgefährdender Einflüsse einer erstarkenden sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Probate Mittel hierzu waren gleichermaßen machtsichernde gesetzliche Interventionen und sozialpolitische Verbesserungen. Sozialistengesetz, gesetzliche Regelungen der Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung, besondere Fürsorgebestimmungen und Armengesetze waren damit nur unterschiedliche Seiten einer gleichen Medaille.¹⁰

Eine solche obrigkeitsstaatliche Fürsorgepolitik war noch weit entfernt von der Option einer gewährleistenden und demokratische Teilhabeansprüche sichernden Sozialpolitik. Die Interessen waren handlungsorientiert profaner! Auf kommunaler Ebene stellte sich die Aufgabe, qualitativ neue soziale Notstände, wie sie durch den massenhaften Zuzug einer proletarischen Armutsbevölkerung verursacht waren, sozial-kontrollierend zu bewältigen. Das in Preußen schon 1842 eingeführte Prinzip des Unterstützungswohnsitzes wurde durch das „Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz“ (UWG) 1871 verallgemeinert und ersetzte das traditionelle Heimatprinzip als Voraussetzung für den Erhalt von kommunalen Hilfeleistungen.¹¹ Was die Organisation der lokalen Armutsfürsorge betrifft, so orientierten sich viele Städte am „Elberfelder System“¹², das vor allem durch humanistisch-sozialreformerisch motivierte Personen der städtischen Bürgerschaft getragen und

10 Vgl. Walter Wangler 1998: Bürgerschaft des inneren Friedens. Sozialpolitik in Geschichte und Gegenwart. Westdeutscher Verlag. Wiesbaden.

11 Vgl. hierzu: Christoph Sachße/Florian Tennstedt 1988, a. a. O., insbes. S. 23 ff.

12 Das „Elberfelder System“ wurde 1853 in Wuppertal-Elberfeld eingeführt und war durch folgende Merkmale gekennzeichnet: Individualisierung der Unterstützungsleistungen, Dezentralisierung der Entscheidungskompetenzen auf die Ebene der Armenbezirke, ehrenamtliche Durchführung der Armenfürsorge und Zuständigkeit des Armenpflegers für ein bestimmtes Quartier. Vgl. u. a.: Rüdeger Baron/Rolf Landwehr 1983, insbes. S. 11 ff.

vom „Deutschen Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit“¹³ reichsweit propagiert wurde. Diesen Aktivitäten lag die Einschätzung zugrunde, dass weder eine ausschließlich christliche Liebestätigkeit eine Lösung des Bettler- und Vagabundenproblems erreichen könne, noch die zersplitterten und sich zahlreich gründenden Armenvereine in der Lage seien, diese Armutsprobleme organisatorisch zu bewältigen. Die Bemühungen zielten deshalb auf eine Neuorganisation der Armenpflege unter staatlicher Leitung und Oberaufsicht, der sich die private Wohltätigkeit ergänzend zuordnen sollte.

Zusammenfassend ist damit zu sehen: Soziale Arbeit respektive Wohlfahrtspflege gestaltete sich unter den politischen Rahmenbedingungen einer konstitutionellen Monarchie in zweifacher Weise aus: Zum einen durch das Konzept einer christlichen, volksmissionarischen Strategie gegenüber sich ausbreitenden, als gefährlich angesehenen Säkularisierungstendenzen; zum anderen durch die Aktivitäten eines polizeirechtlich und ordnungspolitisch intervenierenden Fürsorgestaates. Beiden Optionen blieb die Kategorie des mündigen Bürgers bzw. Klienten gleichermaßen fremd. Historisch gesehen repräsentieren damit die konfessionellen Wohlfahrtsverbände keinesfalls zivilgesellschaftliche, die soziale Demokratie fördernde Entwicklungen. Ihre Entstehung und Ausbreitung verdankt sich vielmehr spezifischen „sozialstaatsfernen“ Organisationsinteressen in unterschiedlichen sozialkulturellen und sozialpolitischen Milieus während des 19. Jahrhunderts. Zu bedenken ist zudem die spezifische Entwicklung Deutschlands seit der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Kleinstaaterei und die relativ späte Entwicklung zu einem einheitlichen Nationalstaat waren gewissermaßen der Humus, auf dem – mangels wohlfahrtlicher Einrichtungen des Staates – sich konfessionelle Initiativen und Aktivitäten überhaupt entwickeln und stabilisieren konnten. Der lange Zeit nur kleinräumig existierende preußische „Nachtwächterstaat“ begrenzte sich vorrangig auf die Sicherung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, wohingegen die gesellschaftlichen Binnenverhältnisse dem freien Spiel der Kräfte ausgesetzt blieben. Sozialpolitische Problemzuspitzungen waren die Folge und bildeten zugleich das Eldorado für das entstehende verbandliche Wohlfahrtswesen katholischer oder protestantischer Provenienz.

13 Der „Deutsche Verein für Armenpflege und Wohlthatigkeit“ wurde 1880/81 in Berlin auf Initiative des Deutschen Armenpflegekongresses gegründet. Die Gründungsmitglieder waren 93 Städte, 4 Provinzial- und Landarmenverbände, 11 freie Vereine und 79 Einzelpersonen. Auf das Angebot des Frankfurter Instituts für Gemeinwohl, die Kosten der Geschäftsstelle mitzufinanzieren, verlagerte der DV 1919 seinen Sitz von Berlin nach Frankfurt a. M. und änderte seinen Namen in „Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge“. Zur Entwicklung des DV vergleiche u. a.: Rolf Landwehr/Rüdiger Baron (Hrsg.): A. a. O. S. 28 ff. Christoph Sachße/Florian Tennstedt: Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Band 2. A. a. O. S. 142 ff.; Christoph Sachße 2011.

Andere ordnungspolitische Optionen zur Ausgestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse hatten in der Tradition des deutschen Obrigkeitsstaates keine wirkliche Umsetzungschance.¹⁴

Wohlfahrtsverbandlicher Lobbyismus in der Weimarer Republik

Erst die desaströsen Folgen des verlorenen Ersten Weltkriegs, die hierdurch ausgelöst revolutionären Erhebungen vom November 1918 sowie die Abdankung des Kaisers und Abschaffung der Monarchie öffneten den Weg zur Bildung eines sozialen und demokratischen Verfassungsstaates. Es schien, als könnten auf dieser Basis nunmehr über bisherige obrigkeitsstaatliche und polizeirechtliche Fürsorgemaßnahmen hinausgehende sozialpolitische Vorstellungen verwirklicht werden. Aus der Sicht der damaligen Sozialreformer waren deshalb Überlegungen zu einer grundsätzlichen Neuordnung des Wohlfahrtswesens und die sich damit stellenden Aufgaben ganz eindeutig von staatlichen Organen und Behörden wahrzunehmen und auf der Basis allgemeiner Steuereinnahmen zu finanzieren.

Gleichwohl war dieser gesellschaftspolitische Systemwechsel nicht gleichbedeutend mit einer „Stunde Null“. Die programmatische Ausgestaltung einer nunmehr in staatlicher Verantwortung zu organisierenden und auf die Durchsetzung von demokratischen Teilhaberechten zielenden öffentlichen Wohlfahrt musste notwendiger Weise an gewachsenen Strukturen ansetzen und die Handlungsdominanz staatsfreier, d. h. vor allem christlicher Träger, berücksichtigen. Auch formierten sich nach dem Sturz der Monarchie die neuen politischen Machtverhältnisse keineswegs so eindeutig reformerisch, wie es die mehrheitlich sozialdemokratisch und kommunistisch orientierten Protagonisten der Novemberrevolution von 1918 erhofft hatten. War die Novemberrevolution noch geprägt von einer breiten Unterstützung der Bevölkerung, so zeigten die Ergebnisse der im Januar 1919 erfolgten Wahl und Einberufung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung politisch differenziertere Lager. Die SPD wurde zwar mit Abstand stärkste Partei und erhielt 37,9 % der Stimmen, die hierzu oppositionelle USPD kam nur noch auf 7,6 %, mit starkem Gewicht ebenso vertreten waren die liberale Deutsche Demokratische Partei mit 18,5 % der Stimmen und das katholische Zentrum mit 19,7 %. Scheinbar marginalisiert war das

14 Vgl. u. a.: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Hrsg.) 1981: Seit über einem Jahrhundert ...: Verschüttete Alternativen in der Sozialpolitik. Bund Verlag. Köln.

rechte Lager; DNVP und DVP erhielten 10,3 % bzw. 4,4 % der Wählerstimmen.¹⁵ Dass der Sieg der Demokratie doch nicht so überzeugend ausfiel, zeigte sich auch im Ringen um die neu auszugestaltende Weimarer Verfassung. Entstanden als ein Kompromiss zwischen Experten unterschiedlicher politischer Lager und Interessen, vollzogen sich die damit verbundenen Debatten und Entwürfe weitgehend außerhalb einer öffentlichen Diskussion und Beteiligung. Die im Juli 1919 erfolgten abschließenden parlamentarischen Lesungen berücksichtigten zudem partikularistische Einzelinteressen, wie sie insbesondere von der Christlichen Volkspartei (vormals Zentrum) eingebracht wurden. U.a. erfolgten detaillierte Regelungen über das Verhältnis von Staat und Kirche, zur Freiheit der Religion und Stellung der Religionsgesellschaften sowie zu den Bereichen Bildung und Schule. Mit der Verkündung im Reichsgesetzblatt vom 14. August 1919 trat die Weimarer Verfassung in Kraft.¹⁶

Programmiert war damit der Konflikt zwischen polarisierenden ordnungspolitischen Optionen und damit verbundenen Zuständigkeiten für die Wohlfahrts- und Armenpflege. Zentraler Streitpunkt und gewissermaßen der begriffliche Aufhänger der Debatten war das aus der katholischen Soziallehre entlehnte Subsidiaritätsprinzip¹⁷, das Raum für unterschiedliche und gegensätzliche Interpretationen bot.¹⁸ Dass in der ministeriellen Umsetzung des Weimarer Verfassungsstaates der basisdemokratische Gehalt des Subsidiaritätsbegriffes (Schutz der kleineren gemeinschaftlichen Sozialorganisation vor dem Eingriff größerer Organisationen) zugunsten einer wohlfahrtsbürokratischen und die konfessionellen Verbände bevorteilenden Option umfunktioniert wurde, geht wesentlich auf den Einfluss des Reichsarbeitsministeriums (RAM) zurück. Reichsarbeitsminister Heinrich Braun, Angehöriger der katholischen Zentrumspariei, verfolgte eine gezielte Förderpolitik der konfessionellen Verbände und anderer freier Träger sowie deren staatlichen Subventionierung. Zu diesem Konzept gehörte ebenso die Einbindung dieser Spitzenverbände in den politischen Entscheidungsprozess des RAM. Wie erfolgreich die Zentrumspariei mit ihrem Repräsentanten im RAM war, zeigen die im Gesetzgebungsverfahren des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes (1922)¹⁹, der Reichsfür-

15 Vgl. u. a. Heinrich Potthoff 1989: Weimarer Verfassung: Ein Kompromiss zwischen Experten. In Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Deutsche Verfassungsgeschichte 1849–1919–1949. Bonn.

16 Vgl. u. a.: Prof. Dr. Rudolf Schuster 1980: Deutsche Verfassungen. 12. Auflage. Wilhelm Goldmann Verlag. München.

17 Siehe hierzu: Oswald von Nell-Breuning 1976: Das Subsidiaritätsprinzip. In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit.

18 Vgl. u. a.: Johannes Münster/Dieter Kreft 1990: Subsidiarität heute. Votum Verlag. Münster.

19 Vgl. Reichsjugendwohlfahrtsgesetz vom 29. Juli 1922.

sorgepflichtverordnung (1924)²⁰ getroffenen Regelungen zum Verhältnis zwischen öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege. Exponierte Beispiele hierfür: „Insoweit der Anspruch des Kindes auf Erziehung von der Familie nicht erfüllt wird, tritt unbeschadet der Mitarbeit freiwilliger Tätigkeit öffentliche Fürsorge ein. Aufgabe des Jugendamtes ist es ferner, Einrichtungen und Veranstaltungen anzuregen, zu fördern und gegebenenfalls zu schaffen ...“ (RJWG § 4 Abs. 1); „Das Jugendamt hat die freiwillige Tätigkeit zur Förderung der Jugendwohlfahrt unter Wahrung ihrer Selbständigkeit und ihres satzungsmäßigen Charakters zu unterstützen, anzuregen und zur Mitarbeit heranzuziehen, um mit ihr zum Zwecke eines planvollen Ineinandergreifens aller Organe und Einrichtungen der öffentlichen und privaten Jugendhilfe und der Jugendbewegung zusammenzuwirken.“ (RJWG § 6); „Die Fürsorgestellen sollen für ihren Bereich Mittelpunkt der öffentlichen Wohlfahrtspflege und zugleich Bindeglied zwischen öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege sein; sie sollen darauf hinwirken, dass öffentliche und freie Wohlfahrtspflege sich zweckmäßig ergänzen und in Formen zusammenarbeiten, die der Selbständigkeit beider gerecht werden.“ (RFV § 5 Abs. 4 Satz 1).

Das RAM unter der Leitung von Heinrich Braun erwies sich damit als zentrales Gegengewicht zu der von der SPD und USPD verfolgten Politik eines öffentlich zu verantwortenden und auszugestaltenden Wohlfahrtswesens. In machtpolitisch geschickter Weise gelang es Braun und dem katholischen Zentrum, die bei anderen freien Trägern bestehenden Befürchtungen vor einer drohenden Kommunalisierung des Wohlfahrtswesens aufzugreifen und im Sinne einer auszugestaltenden Vorrangigkeit freier Verbände zu instrumentalisieren. Konterkariert wurde damit das Anliegen, ein anwaltschaftliches Selbstverständnis im Rahmen einer öffentlichen Fürsorge und Wohlfahrt zu etablieren; der Ella Keil zugeschriebene programmatische Satz „Ein Jugendamt, in dem Kinder Recht bekommen“, konnte sich durch die Subsidiaritätsregelungen der Weimarer Fürsorgegesetzgebung lediglich kompromisshaft ausdragen.²¹

Die in der Weimarer Verfassung dem Staat zugewiesene Gesetzgebungskompetenz für das Armenwesen, die Wandererfürsorge, Jugendfürsorge, das Gesundheitswesen und die Fürsorge für die Kriegsteilnehmer²² blieb damit operativ auf

20 Vgl. Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht – RFV vom 13. Februar 1924

21 Vgl. C.W. Müller 1991: Soziale Arbeit und Sozialdemokratie in der 1. Deutschen Republik. In: Ilse Reichel-Koß/Ursula Beul (Hrsg.): Ella Kay und das Jugendamt neuer Prägung. Ein Amt, wo Kinder Recht bekommen. Juventa Verlag, Weinheim und München.

22 Vgl.: Die Verfassung des Deutschen Reiches (Weimarer Verfassung) vom 11. August 1919. Art. 7, Punkt 5, 7, 8 und 11.

halbem Wege stecken. Aus der Interessenlage der freien (nichtstaatlichen) Verbände konnte nämlich nicht nur eine drohende Kommunalisierung sozialer Einrichtungen und Dienste verhindert werden, sondern wurde darüber hinaus eine Vorrangigkeit nichtstaatlicher Akteure durchgesetzt. Hiervon profitierten vor allem die konfessionellen Verbände, die diese Ausgangslage zu verstärkten lobbyistischen Aktivitäten sowie zur Neuordnung ihrer Verbands- und Organisationsstrukturen nutzten. Das Ziel war ein Doppeltes: Zum einen ging es um eine bessere Koordinierung und Zusammenfassung der jeweiligen Binnenaktivitäten und zum anderen um ein interessenpolitisch abgestimmtes Verhalten der freien Wohlfahrtspflege gegenüber staatlichen Instanzen.

In der Weimarer Fürsorgepolitik führten diese Entwicklungen zu einer veränderten Rolle der Verbände freier Wohlfahrtspflege. Wie an anderer Stelle erwähnt, wurde diese durch die Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht (RFV) von 1924 in ihrer Eigenständigkeit bei der Wahrnehmung sozialer Aufgaben ausdrücklich gestärkt.²³ Diese Ausgangsposition konnte wenige Jahre später mit dem Gesetz über die Ablösung öffentlicher Anleihen²⁴ ausgebaut werden und führte mit der Reichsverordnung vom 4. Dezember 1926 erstmals zu einer rechtlichen Verankerung namentlich aufgeführter Spitzenverbände.

„Von Einrichtungen, deren Träger einem Reichsspitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege angeschlossen sind, wird vermutet, dass sie Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege sind. Reichsspitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege im Sinne dieser Verordnung sind

1. der Centralausschuß für die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche,
2. der Deutsche Caritasverband,
3. das Deutsche Rote Kreuz,
4. die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden,
5. der Fünfte Wohlfahrtsverband,
6. der Hauptausschuss für Arbeiterwohlfahrt,
7. der Centralwohlfahrtsausschuß der christlichen Arbeiterschaft.“²⁵

23 Vgl.: Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht – RFV – vom 13. Februar 1924. Insbes. § 5, Absatz 1, 2 und 5.

24 Vgl.: Dritte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen. Vom 4. Dezember 1926. 1. Abschnitt. Die soziale Wohlfahrtsrente. § 8. Reichsgesetzblatt. Jahrgang 1926. Teil 1. Zu den damaligen Spitzenverbänden gehörten: Zentrallausschuss für die innere Mission der deutschen ev. Kirche, Deutscher Caritasverband, Zentrale Wohlfahrtsstelle der deutschen Juden, Deutsches Rotes Kreuz, Fünfter Wohlfahrtsverband, Hauptausschuss für Arbeiterwohlfahrt und Zentraler Wohlfahrtsausschuss der christlichen Arbeiterschaft.

25 Reichsgesetzblatt. Jahrgang 1926. Teil 1. Dritte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen. Vom 4. Dezember 1926. 1. Ab-

Auch wenn die Arbeiterwohlfahrt von ihrem Selbstverständnis und ihrer organisationspolitischen Einbindung sich nicht als Wohlfahrtsverband verstand, gehörte sie gleichwohl zum Kreis der hier begünstigten Verbände. Das Ergebnis: die genannten Organisationen erhielten in ihrer Form als staatsfreier Reichsspitzenverband den förderungsrechtlichen Ritterschlag einer öffentlichen Anerkennung und damit einhergehenden staatlichen Finanzierung bei gleichzeitiger Wahrung ihrer Eigenständigkeit. Es war der vorläufige Schlussstrich in einem Interessenkampf zwischen Vertretern einer öffentlich-staatlich zu verantwortenden und durchzuführenden Wohlfahrt und den Protagonisten eines verbändesubsiditär auszugestaltenden und öffentlich refinanzierten Fürsorgesystems.²⁶

Das Selbstverständnis der konfessionellen Wohlfahrtsverbände konnte von diesem Statusgewinn unberührt bleiben, gleichwohl modifizierten sich im Verlauf der Weimarer Republik die Rolle und die Funktion dieser Akteure. Denn das inzwischen entstandene und gesetzlich verankerte Nebeneinander von staatlicher Sozialpolitik, damit verbundenen Zuständigkeiten, Arbeitsstrukturen und Behörden einerseits und den sich in weitgehender Autonomie vollziehenden sozialen Aktivitäten „freier“ Verbände andererseits erforderte neue Kooperations- und Koordinationsformen zwischen staatlichen Organen und den Wohlfahrtsverbänden bei der Ausgestaltung sozialgesetzlicher Regelungen. Die in diesem korporatistischen Kontext entstehende Architektur einer neuen sozialen Infrastruktur hatte auch semantische Folgen. Immer stärker erodierte der bisher gebräuchliche Begriff der „christlichen Liebestätigkeit“, zumal sich wohlfahrtliche Aktivitäten nicht mehr nur auf die konfessionellen Verbände begrenzten, sondern weitere nichtstaatliche Organisationen sozialpolitisch aktiv wurden. Ohne dass man für diesen semantischen Wechsel ein konkretes Datum angeben könnte, setzte sich im Sprachgebrauch stattdessen der Terminus „freie Wohlfahrtspflege“ durch, wobei das Attribut „frei“ unmissverständlich die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit von staatlichen Organen und Einflüssen markieren sollte. In der weiteren Entwicklung bildete sich mit diesem Nebeneinander, auch „Dualität“ genannt, ein weiteres Systemmerkmal der deutschen Wohlfahrtspflege heraus.

Vom Staat per Rechtsverordnung als Kooperationspartner akzeptiert, eröffneten sich für die genannten Verbände nicht nur eigenständige Gestaltungsräume, sondern ebenfalls weitreichende staatliche Alimentierungen. Bei der Ausgestaltung der sozialen Infrastruktur führte dies zu einer sich immer stärker heraus-

schnitt. Die soziale Wohlfahrtsrente. § 8.

26 Vgl.: Exkurs: Vom Wohltätigkeitsverein zum Reichsspitzenverband. Der Aufbau der dualen Struktur der Wohlfahrtspflege. In: Christoph Sachße/Florian Tennstedt: Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Band 2. A. a. O. S. 152ff.

bildenden und sich verfestigenden Arbeitsteilung zwischen einer öffentlichen Gewährleistungsverantwortung des Staates einerseits und faktischen Handlungsmonopolen frei-gemeinnütziger Träger andererseits. Letztgenannte agierten fast ausschließlich unter dem Dach jeweiliger spitzenverbandlicher Dachorganisationen; erst durch diesen mitgliedschaftlichen Status war aus Trägersicht der unproblematische Zugang zu öffentlichen Förderquellen gewährleistet. In der öffentlichen Wahrnehmung der Verbände führte dies zu einer oftmals synonymen Verwendung der Begriffe „freier Träger“ und „Spitzenverband der Wohlfahrtspflege“, die scheinbar gleiche Sachverhalte suggerierten.

Abgesehen von diesem semantischen Aspekt zeigen die in der vorgenannten Durchführungsverordnung aufgelisteten Spitzenverbände einige Besonderheiten, die es nicht zuletzt deshalb zu kommentieren gilt, als sich hier sehr unterschiedliche Organisationen finden, die in ihrer damaligen Intention und Ausrichtung nicht gegensätzlicher vorstellbar sind und nur schwerlich unter einen gemeinsamen „sozialpolitischen Hut“ passen.

Unterscheiden lassen sich die Verbände zunächst in zwei große Gruppen. Es sind dies die konfessionell orientierten und kirchenorganisatorisch eingebundenen Verbände Innere Mission (Diakonie), Caritas sowie der jüdische Wohlfahrtsverband. Vor allem die christlichen Verbände verfolgen in ihrem Selbstverständnis primär religiöse Zwecksetzungen, die handlungspraktisch mit volksmissionarischen Aufgaben und Intentionen versehen sind. Einher geht hiermit eine grundsätzliche Abwehrhaltung gegenüber staatlichen Sozialreformen und Gestaltungsansprüchen, die nur in so weit akzeptiert werden, sofern eigene Vormachtstellungen hierdurch nicht gefährdet sind. Der 1922 gebildete „Centralwohlfahrtsausschuss der christlichen Arbeiterschaft“ war hingegen eine gezielte Gegengründung zum sozialdemokratischen Hauptausschuss der Arbeiterwohlfahrt. Die Vereinigung umfasste sowohl katholische wie evangelische Gruppen und war in ihren Gremien je zur Hälfte mit Vertretern der christlichen Gewerkschaften und Repräsentanten von konfessionellen Standesorganisationen besetzt.

Anders zu bewerten ist die jüdische Wohlfahrtspflege. Denn diese konzentriert sich im Wesentlichen auf das jüdische Gemeinschaftsleben, ohne hierbei volksmissionarisch orientiert zu sein.

Die Gruppe der nicht-konfessionellen Verbände umfasst zunächst nur das Rote Kreuz und den Fünften Wohlfahrtsverband, („Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband“). Beide Organisationen repräsentieren gänzlich unterschiedliche Entstehungskontexte und damit verbundene Handlungsmotive. Die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte des Roten Kreuzes bleibt bis zum Ende des Ersten Weltkrieges unmittelbar gebunden und begrenzt auf den Aufbau und die Gewährleistung eines Kriegssanitätsdienstes. Im Frieden auf den Krieg vorzubereiten, erforderte den

operativen Aufbau entsprechender Sanitätskolonnen, denen eine zivile Handlungsperspektive gänzlich fehlte. Der verlorene Erste Weltkrieg veränderte schlagartig das Aufgabenspektrum des Roten Kreuzes. Im Zuge der Entmilitarisierung wurden die Verbindungen zwischen dem Roten Kreuz und dem Militärwesen gekappt, die bisherigen auf Kriegsdienstleistungen hin ausgerichteten Aufgaben entfielen. Die RK-Vereine waren damit gezwungen, sich zivilen Aufgaben zuzuwenden. Die nach dem Ersten Weltkrieg bestehenden katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen eröffneten für das Rote Kreuz in Deutschland entsprechend neue Tätigkeitsfelder. Es ist gewissermaßen die erzwungene Konversion einer militärisch orientierten Organisation in einen Verband der Sozialarbeit und Wohlfahrtspflege.

Anders die Ausgangslage des Fünften Wohlfahrtsverbandes. Entstanden ist dieser aus lokalen Zusammenschlüssen nicht-konfessioneller und nichtstaatlicher Träger, die vorwiegend im Bereich der Gesundheitsfürsorge tätig waren. Kernorganisation des Zusammenschlusses ist der seit 1919 bestehende „Verband Frankfurter Krankenanstalten“, der sich ab 1920 reichsweit ausdehnte. Die Intentionen des Zusammenschlusses waren doppelter Natur. Zum einen galt es sich abzugrenzen von kirchlichen Vormachtansprüchen und Lobbyaktivitäten, was angesichts einer vorwiegend bürgerlich-liberalen Haltung der Akteure, Mäzenen und Förderer andere Organisationsformen erforderte. Gleichzeitig galt es, diese bürgermotivierten Aktivitäten vor drohenden staatlichen Eingriffen bzw. Zugriffen zu schützen und in ihrer Eigenständigkeit zu bewahren. Die mit der Weimarer Verfassung verbundene gesetzliche Neuordnung einer öffentlichen und demokratisch ausgerichteten Wohlfahrtspflege erforderten deshalb gleichfalls eigene Organisationsprozesse, um den Bestand und die Weiterentwicklung freier, nicht-konfessionell orientierter Einrichtungen zu gewährleisten. Wie weltanschauungsneutral und pragmatisch der Verband sich verstand, zeigt der zunächst gewählte Namen „Fünfter Wohlfahrtsverband“. Die Umbenennung in „Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband“ erfolgte erst im Jahr 1932.

Dass die Arbeiterwohlfahrt zu jener Zeit noch nicht als Wohlfahrtsverband agierte und als solcher in Erscheinung trat, liegt begründet in ihrem Gründungsakt als integraler Teil der sozialdemokratischen Parteiorganisation. 1919 konstituiert als „Hauptausschuss für Arbeiterwohlfahrt“ wurde ausdrücklich nicht der Aufbau eines eigenen Wohlfahrtsverbandes verfolgt, sondern sollte die Durchsetzung einer öffentlich verantworteten und demokratisch zu organisierenden Wohlfahrt handlungspraktisch forciert werden. Strategisch wurden einerseits auf der politisch-parlamentarischen Ebene entsprechende Gesetzesinitiativen ergriffen und auf verwaltungsexekutiver Ebene neue Ämter und Beteiligungsgremien errichtet (zum Beispiel die Einrichtung von Jugendämtern, Bildung von Jugendhilfeausschüssen etc.). Andererseits ging es um die unmittelbare Bewältigung von Armuts-

lagen und prekären Lebensverhältnissen, die konkrete Maßnahmen erforderten. Diese Aufgabe sollte der „Hauptausschuss der Arbeiterwohlfahrt“ praxisbezogen und strategisch ausfüllen, gewissermaßen ersatzhandelnd für eine noch nicht vorhandene öffentliche Fürsorge. Praxisbezogen und strategisch zu handeln bedeutete hierbei nicht nur die Fokussierung auf die Milderung von unmittelbarer Not, sondern umfasste ebenfalls modellhafte Aktivitäten einer zukünftigen Sozialpolitik. In diesem Selbstverständnis verbot sich für die Arbeiterwohlfahrt eine Mitarbeit und Mitgliedschaft in der Reichsarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände. Ihre Priorität lag im Aufbau der öffentlichen Wohlfahrtspflege. Gleichwohl wurde die Arbeiterwohlfahrt seitens der staatlichen Organe förderungsrechtlich ebenso wie andere Spitzenverbände behandelt.

Wie zu sehen, suggeriert der Terminus „Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege“ eine Gemeinsamkeit, die bezogen auf die Weimarer Republik bestenfalls hinsichtlich des interessenpolitischen Anspruchs auf eine öffentliche Finanzierung und Bezuschussung bestand, nicht aber hinsichtlich der inhaltlichen, programmatischen und organisatorischen Ausgestaltung der Wohlfahrtspflege. Nicht überraschend ist es deshalb, dass sich das zu Beginn der Weimarer Republik relativ schnell formierende verbändelobbyistische Netzwerk ohne die formelle Beteiligung der Arbeiterwohlfahrt herausbildete.

Handlungspragmatisch orientiert und mit Blick auf die Ermöglichung kostengünstigerer Einkaufsmöglichkeiten wurde mit dem Wirtschaftsband sozialer Einrichtungen (WIBU) eine verbändeübergreifende Einkaufsgenossenschaft gegründet.²⁷ Strategisch orientiert mit dem Ziel einer abgestimmten Beeinflussung politischer Entscheidungsprozesse und die hierbei zu sichernde Repräsentanz der freien Verbände, bildeten konfessionelle und nicht-konfessionelle Wohlfahrtsverbände eine gemeinsame Reichsarbeitsgemeinschaft. Wirtschaftlich orientiert und auf die Bewältigung von finanziellen Risiken ausgerichtet, gründeten die Wohlfahrtsverbände mit der Hilfskasse (Hika) eine gemeinsame Bank.²⁸

27 Der WIBU besteht als eingetragene Genossenschaft mit Hauptsitz in Ahrensburg. Zur WIBU-Gruppe zählen 2012 folgende 10 Regionalgesellschaften in der Rechtsform einer GmbH: Berlin, Münster, Bad Lünenberg, Leipzig, Kronberg Ts., Nürnberg, Reningen, München, Unterschleißheim und Linz. Der Kundenkreis umfasst über 9.000 Sozialeinrichtungen. Nach den WIBU-Mitgliederadressen 1996 gehörten der WIBU 1173 Mitglieder an, die folgenden Spitzenverbänden angeschlossen waren: 560 Mitglieder des DCV, 361 Mitglieder des DW, 60 Mitglieder des DPWV, 23 Mitglieder des DRK, 15 Mitglieder der AWO. 115 Mitglieder gehörten keinem Spitzenverband an; bei 39 Mitgliedern handelte es sich um öffentliche Einrichtungen.

28 Mit der Gründung einer eigenen Wohlfahrtsbank weiteten die Spitzenverbände ihre Tätigkeiten auf das Bankgeschäft aus und schufen sich ein zusätzliches Instrument

Verbändelobbyismus in der Weimarer Republik	
1920	Verbände der Freien Wohlfahrtspflege gründen den Wirtschaftsbund sozialer Einrichtungen – WIBU – als Einkaufs-genossenschaft für die ihnen angeschlossenen Einrichtungen
1921	DCV, Innere Mission, ZWST, DRK, Paritätischer Verband schließen sich zur „Reichsarbeitsgemeinschaft der Hauptverbände der Freien Wohlfahrtspflege“ zusammen
1923	Gründung der „Hilfskasse gemeinnütziger Wohlfahrtseinrichtungen Deutschlands GmbH“ (Hika) durch die Mitgliedsverbände der Reichsarbeitsgemeinschaft
1924	Die Reichsarbeitsgemeinschaft gibt sich einen neuen Namen und heißt fortan „Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege“
1926	Die in der Liga zusammengeschlossenen Verbände, aber auch die AWO werden durch die 3. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen vom 4.12.1926 (RGBl I S. 494 ff.) als „(Reichs-)Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege“ anerkannt

Die nationalsozialistische Machtergreifung hatte für den mittlerweile entstandenen deutschen Wohlfahrtskorporatismus weitreichende Folgen. Die Vereinnah-

zur Finanzierung ihrer Verbände und Einrichtungen. Der Bankencrash 1929/30 brachte auch die Hika in Schwierigkeiten. Ihr drohender Konkurs konnte nur mit Hilfe des Reiches abgewendet werden. Die Vereinnahmung der Hilfskasse durch die NSV 1934 sowie rückgehende Mitgliederzahlen führten zum Niedergang der Hilfskasse. Nach 1945 arbeitete die Hilfskasse zunächst als Vermögensverwaltung der früheren Wohlfahrtsverbände in kleinem Rahmen weiter. Ihre Wiederzulassung zum Betreiben von Bankgeschäften erhielt sie 1954. Ausgestattet mit 50 Mio. DM Treuhandmittel des Bundesinnenministeriums konnte die Hilfskasse ab 1956 allmählich ihre frühere Bedeutung zurückerlangen. 1970 erfolgte die Umbenennung in „Bank für Sozialwirtschaft GmbH“ (BFS). 1990 übernimmt die BFS die Lotterie-Organisationsgesellschaft mbH und organisiert seitdem die Wohlfahrtslotterien „Glücksspiel“ und „Glückskäfer“. Mit Hauptsitz in Berlin vertreten, hatte die Hika/BFS zunächst nur eine Niederlassung in Köln. Nach dem deutschen Einigungsprozess wurden 1992 in Leipzig und Dresden weitere Geschäftsstellen eingerichtet. Derzeit bestehen 12 Geschäftsstellen, vier Repräsentanzen, ein Europa-Büro in Brüssel; zur Bank gehören drei GmbH-Gesellschaften. Anteilseigner der BFS sind die Arbeiterwohlfahrt, Bundesverband e. V. mit 7,86 %, die Caritas Stiftung Deutschland mit 25,5 %, der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband, Gesamtverband e. V. mit 3,57 %, das Deutsche Rote Kreuz e. V. mit 1 %, das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche Deutschland e. V. mit 25,5 % und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland mit 0,53 %; der nicht näher ausgewiesene Streubesitz umfasst 36,04 %. Vgl.: BFS – Bank für Sozialwirtschaft GmbH: Mit uns ... Köln 1993; Bank für Sozialwirtschaft: Bericht über das Geschäftsjahr 2011. Berlin 2012.

mungs- und Gleichschaltungspolitik des Nationalsozialistischen Staates bezog sich ebenfalls auf den gesamten Bereich der Wohlfahrt und Fürsorge.²⁹ Aisiert wurden die öffentlichen Jugend- und Sozialämter mit entsprechend adaptierten Führerstrukturen, ausgeschaltet und organisatorisch liquidiert wurden all jene Verbände, die sich dieser Politik widersetzen. In besonderer Weise betraf dies die sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien und deren Wohlfahrtsabteilungen bzw. – verbände. Nur die christlichen Wohlfahrtsverbände konnten unter dem Schutz ihrer jeweiligen Mutterkirchen ihre organisatorische Eigenständigkeit bewahren. Ebenfalls organisatorisch eigenständig blieb das Rote Kreuz, das sich willfährig in das „Dritte Reich“ integrierte und seine Tradition als Kriegssanitätsdienst revitalisierte. Bizarr und opportunistisch verhaltend zeigte sich die Politik des Paritätischen, was letztlich zu seiner Selbstauflösung führte.

Nationalsozialistische Neuordnung des Wohlfahrtskartells

1933	Neuordnung der Spitzenverbände durch den NS-Staat und Bildung der „Reichsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege Deutschlands“. Mitglieder sind: Inne-re Mission, Caritasverband, Deutsches Rotes Kreuz und Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV)
1934	Selbstauflösung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes
1934	An die Stelle der „Reichsgemeinschaft ...“ tritt die „Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege“, mittelbar geleitet und geführt durch die Reichsleitung der NSDAP.
1939	Zwangsauflösung der Jüdischen Gemeinden und jüdischer Organisationen.
1940	Die NSV kündigt ihre Mitarbeit in der „Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege“ auf

Deutschland nach 1945: Neubeginn und Kontinuität

Dass die subsidiäre Ausgestaltung des Wohlfahrts- und Fürsorgewesens nicht auf die Weimarer Republik begrenzt blieb, zeigen die Entwicklungen unmittelbar nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Organisatorisch relativ unbeschadet überstanden die christlichen Wohlfahrtsverbände, das Deutsche Rote Kreuz sowie der Paritätische Verband den nationalsozialistischen Staat. Durch den Holocaust der jüdischen Bevölkerung faktisch ausgelöscht war der Jüdische Wohlfahrtsverband. Das Deutsche Rote Kreuz war durch seine Kollaboration und Verstrickung mit dem Nationalsozialismus in den westlichen Besatzungszonen mit Ausnahme

29 Vgl. Zu den Quellenbelegen und Literaturverweisen siehe im Einzelnen: Boeßenecker/Vilain 2013. Gilt ebenso auch für die Entwicklung nach 1945.

von Bayern zunächst nicht zugelassen und musste sich neu gründen. Die Arbeiterwohlfahrt, geprägt durch die Erfahrungen des Nationalsozialismus und der dieser folgenden Emigrationsphase, musste sich neu konstituieren; nunmehr als eigenständiger, gleichwohl mit der SPD verbundener Wohlfahrtsverband.

Verbändelobbyismus in der Bundesrepublik Deutschland	
1946	Neugründung des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt; nunmehr als eigenständiger Wohlfahrtsverband
1948	Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband gründet sich neu
1949	Erweitert um die AWO gründet sich die bis 1933 bestehende Liga neu
1950	Neugründung des Deutschen Roten Kreuzes
1951	Auf Beschluss des Zentralrats der Juden in Deutschland: Wiedergründung der Zentralen Wohlfahrtsstelle – ZWST
1961	Die Liga benennt sich um in „Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege – BAGFW –“
1966	Die Form der losen Arbeitsgemeinschaft wird aufgegeben. Die BAGFW gibt sich die Rechtsform eines eingetragenen Vereins
1970	Umbenennung der „Hilfskasse“ in Bank für Sozialwirtschaft, Kurzbezeichnung Sozialbank; Umwandlung in AG 1997

Die Neu- und Wiedergründungen zeigen eine Kontinuitätslinie, die in modifizierter Weise zu einer Renaissance der Weimarer Wohlfahrtsorganisationen führte. Auch der in der Weimarer Republik bestandene interessenpolitische Zentralkonflikt um die Subsidiarität lebt mit der 1949 erfolgten Gründung der Bundesrepublik Deutschland neu auf.³⁰

Wie gezeigt, setzte sich im Streit um die Weimarer Fürsorgegesetzgebung das „Subsidiaritätsprinzip“ dergestalt durch, dass der maßgeblich von konfessionellen Verbänden geforderte Handlungsvorrang gegenüber staatlichen Zuständigkeiten gesetzlich abgesichert wurde.³¹ Diese alte Konfliktbeziehung aktualisierte sich in der 1949 gegründeten Bundesrepublik bei der Frage der zukünftigen Ausgestaltung der Wohlfahrtspflege und der hierbei zu gewichtenden Rolle von öffentlichen und freien

30 Vgl. Erwin Jordan/Johannes Münder 1987: 65 Jahre Reichsjugendwohlfahrtsgesetz – ein Gesetz auf dem Weg in den Ruhestand. Votum Verlag, Münster.

31 Vgl. hierzu insbes.: Gerhard Buck: Die Entwicklung der freien Wohlfahrtspflege von den ersten Zusammenschlüssen der freien Verbände im 19. Jahrhundert bis zur Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips in der Weimarer Fürsorgegesetzgebung. In: Rolf Landwehr/Rüdeger Baron (Hrsg.): Geschichte der Sozialarbeit. 5. 139 ff. Sowie: Fachlexikon der sozialen Arbeit. 3. Auflage 1993. Hrsg. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge. Frankfurt a. M. 1993. S. 774 und 939.

Zuständigkeiten. Durch den Gesetzgeber mehrheitlich parlamentarisch entschieden wurde diese Kontroverse durch das 1961 verabschiedete Jugendwohlfahrtsgesetz und das im gleichen Jahr beschlossene Bundessozialhilfegesetz³². Mit den vorgenommenen gesetzlichen Regelungen wurden die Weimarer Subsidiaritätsregelungen revitalisiert; parlamentarisch in der Minderheit blieben weitergehende Reformansätze, die den Ausbau einer öffentlichen Erziehung und Wohlfahrtspflege forderten.

Die im Gesetzgebungsverfahren unterlegene sozialdemokratische Minderheit fand sich mit diesen Regelungen keineswegs ab. Angeführt von den Stadtstaaten Hamburg und Bremen, den Ländern Hessen und Niedersachsen sowie den Städten Dortmund, Darmstadt, Frankfurt und Herne wurde Verfassungsbeschwerde erhoben. Dieser in der Geschichte der BRD als „Subsidiaritätsstreit“ benannte Zentralkonflikt wurde sieben Jahre später durch den Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichtes entschieden. In seinem Urteil vom 18. Juli 1967 formulierte das BVerfG jedoch keineswegs eindeutige, den freien Trägern zugewiesene Handlungsvorrangigkeiten, sondern steckte ausschließlich den Interpretationsrahmen für auszugestaltende Beziehungen zwischen öffentlichen und freien Trägern ab, wobei die durch die Beschwerdeführer inkriminierten subsidiären Gesetzesregelungen als mit dem Grundgesetz vereinbar angesehen wurden.³³ Die politischen Mehrheitsverhältnisse in den Kommunen als auch die zumeist in konfessioneller Trägerschaft betriebenen sozialen Einrichtungen forcierten in ihrem Zusammenwirken die Entwicklung zu einem weiteren verbändezentrierten Ausbau sozialer Dienste. Aus der Kraft des Faktischen begründete sich bis in die späten 1960er Jahre die bis dahin als sakrosankt angesehene Vorrangstellung freigemeinnütziger, d. h. mehrheitlich konfessioneller Trägerschaften.

Veränderungen bahnten sich erst im Kontext der Jugendhilfrechtsdebatte und dem schließlich 1990 verabschiedeten Kinder- und Jugendhilfegesetz (heute: SGB VIII) an.³⁴ Reformpolitisch und fachlich hoch ambitioniert³⁵ sowie Entwicklungen einer inzwischen entstandenen Protest- und Initiativenkultur³⁶ aufgreifend,

32 Vgl.: Gesetz für Jugendwohlfahrt (JWG) vom 11. August 1961 und Bundessozialhilfegesetz (BSHG) vom 30. Juni 1961.

33 Vgl.: BVerfG 22. S. 180 ff. In: Münder/Kreft 1990. A. a. O. S. 166 ff.

34 Gesetz zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (Kinder- und Jugendhilfegesetz – KJHG) vom 26. Juni 1990 (BGBl. I S. 1163).

35 Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit (1974): Schriftenreihe Band 13. Grundlegende Vorstellungen über Inhalt und Begriff moderner Jugendhilfe. Verlag W. Kohlhammer, Bonn.

36 Vgl. Fritz Vilmar/Brigitte Runge (1986): Auf dem Weg zur Selbsthilfegesellschaft? 40.000 Selbsthilfegruppen: Gesamtüberblick, politische Theorie und Handlungsvorschläge. Klartext Verlag, Essen.

wurden gleich mehrere Neuerungen vorgenommen. Sozialgesetzlich verankert wurden Rechtsansprüche auf Bildung, Erziehung und Beratung; verändert wurde die Rolle des Jugendamtes von einer bisherigen Eingriffsverwaltung zu einer pädagogisch-fachlichen Dienstleistungsorganisation; gestärkt wurden die Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte von Kindern, Jugendlichen und deren Familien. Eingeführt wurde eine größere Trägerpluralität mit der programmatisch die bisherige Verengung auf traditionelle etablierte Verbände überwunden werden sollte. Gestärkt wurde die öffentliche Zuständigkeit und Gesamtverantwortung für den Ausbau und die Gewährleistung wohlfahrtlicher Dienste. Neu justiert wurde der politikgestaltende Auftrag öffentlicher Wohlfahrt im Sinne einer präventiven und anwaltschaftlichen Aufgabenwahrnehmung.³⁷

Ein weiterer Schritt zur Änderung traditioneller subsidiärer Regelungen erfolgte mit dem 1994 verabschiedeten Pflegeversicherungsgesetz³⁸. Die historisch entstandene bis dahin die Wohlfahrt prägende verbändelastige Interpretation des Subsidiaritätsprinzips wurde hier gründlich revidiert. Eingeführt wurde ein neutraler Träger- und Einrichtungsbegriff, der nicht mehr zwischen freigemeinnützigen und anderen Rechtsträgern im Sinne vorrangiger Zuständigkeiten differenziert, sondern nur noch den Terminus „Einrichtungen“ verwendet. Mit den vorgenommenen neuen Rechtsregelungen werden erstmals im bundesdeutschen Sozialrecht privat-gewerbliche Anbieter gleichberechtigt anerkannt und die bisher bestehende Asymmetrie zwischen beiden Trägertypen beseitigt. Mit der Einführung von prospektiven Pflegesätzen respektive Leistungsentgelten wird zudem das bisher geltende Vollkostendeckungsprinzip ersetzt. Damit werden Finanzierungsregelungen eingeführt, die gemessen an der bisher weitgehend praktizierten staatlichen Vollkostenerstattung geradezu revolutionäre Bedeutung haben. Unter diesen neuen rechtlichen Rahmenbedingungen entwickelt sich vor allem im ambulanten Sektor in nur wenigen Jahren ein Pflegemarkt, der weitgehend durch privat-gewerbliche Anbieter geprägt ist. Die mit dem PflegeVG eingeführten neuen Stellschrauben für die Ausgestaltung pflegerischer Dienste bleiben keineswegs auf diesen Bereich begrenzt, sondern werden mit parlamentarischen Mehrheiten ebenso auch auf andere sozialgesetzliche Leistungsbereiche übertragen. So in der 1996 vorgenommenen

37 Hartmut Schulz (1995): Jugendhilfepolitische Steuerungselemente im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG). In: AGJ (Hrsg.): Das Jugendamt als Dienstleistungsunternehmen. Steuerungsmechanismen in der Jugendhilfe. Bonn.

38 Vgl.: Sozialgesetzbuch (SGB). Elftes Buch (XI) – Soziale Pflegeversicherungsgesetz – vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1014). Insbesondere: Siebtes Kapitel. Beziehungen der Pflegekassen zu den Leistungserbringern. §§ 69 ff.

Novellierung des BSHG (SGB XII)³⁹, das erst nach politischem Protest der Wohlfahrtsverbände die in den vorgängigen Rechtsregelungen aufgeführte besondere Stellung der Verbände und Kirchen erneut mit aufnimmt.⁴⁰ Dass die Formulierungen des § 10 SGB XII letztlich nur noch von symbolischer Bedeutung sind, zeigen die in den §§ 93 ff. vorgenommenen finanzierungsrechtlichen Regelungen, die den automatischen Vorrang bestimmter Trägerschaften ausschließen und eine öffentliche Finanzierung unmittelbar an abzuschließende Leistungs- und Entgeltvereinbarungen bindet. Vergleichbare Veränderungen zeigt die im April 1998 erfolgte Novellierung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII, §§ 78a–78g).⁴¹ Abgelöst wird das bis dato bestehende Prinzip der Selbstkostendeckung durch nunmehr zu treffende Leistungs- und Entgeltvereinbarungen. Aufgegeben wird die vorrangige Stellung frei-gemeinnütziger Träger bzw. der freien Wohlfahrtspflege; zumindest formalrechtlich kommt es zu einer Gleichstellung aller Leistungsanbieter, unabhängig von ihrer jeweiligen Rechtsstellung.

Zusammenfassend ist zu sehen, dass sich der alte und ideologisch begründete Kompetenzstreit zwischen Staat einerseits und frei-gemeinnützigen (kirchlichen) Verbänden andererseits im Kontext sozialwirtschaftlicher Transformationsprozesse zunehmend auf die Frage verlagert hat, welche Träger und Akteure geeignet und in der Lage sind, erforderliche und den jeweiligen Klienten bzw. Nutzern angemessene Hilfeformen zu realisieren. Handlungspraktisch gesehen erodierten unter diesen neuen Rahmenbedingungen zusehends auch das jeweilige ethische und normative Proprium der traditionellen frei-gemeinnützigen Träger und die auf dieser Basis korporatistisch geschlossene Zusammenarbeit mit dem Staat. Stattdessen werden „...diese Beziehungsstrukturen ... tendenziell ersetzt durch eine Orientierung an sachrationalen Kategorien eines Vergleichs von ‚Inhalt, Umfang und Qualität der Leistung‘, wobei prinzipiell bedeutungslos wird, um welchen

39 Vgl.: Bundessozialhilfegesetz i. d. F. vom 23.7.1996 (BGBl. I S. 2083).

40 Im Gesetz wird diese besondere Stellung u. a. wie folgt definiert: „Die Träger der Sozialhilfe sollen bei der Durchführung dieses Gesetzes mit den Kirchen und Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts sowie den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege zusammenarbeiten und dabei deren Selbständigkeit in Zielsetzung und Durchführung ihrer Aufgaben achten“ (BSHG § 10 Abs. 2). Des Weiteren: „Wird die Hilfe im Einzelfalle durch die freie Wohlfahrtspflege gewährleistet, sollen die Träger der Sozialhilfe von der Durchführung eigener Maßnahmen absehen; dies gilt nicht für die Gewährung von Geldleistungen“ (BSHG § 10 Abs. 4).

41 Vgl.: Sozialgesetzbuch (SGB) Achtes Buch (VIII) Kinder und Jugendhilfe. In der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Dezember 1998 (BGBl. IS. 3546), Abschnitt IV, §§ 78a–78g.

Träger und um welche Trägerform...es sich handelt“.⁴² Rivalitätsbeziehungen und Machtansprüche können sich damit immer weniger auf die gesellschaftlichen Bedingungen der frühen Bundesrepublik oder gar auf die in der Weimarer Republik begründeten Traditionen beziehen. An ihnen festzuhalten, entspricht durchaus verständlichen, letztlich ideologisch⁴³ begründeten Besitzstandsinteressen etablierter Wohlfahrtsverbände, nicht aber der überfälligen Suche nach neuen sozialpolitischen Lösungen.⁴⁴

Wohlfahrtsverbände – im Spagat zwischen Auslaufmodell und Agenten der Zivilgesellschaft

In diesem neuen Begründungskontext stehen die Verbände der freien Wohlfahrtspflege unter großem Veränderungsdruck. Denn zunehmend schwindet ihr aus der Tradition begründetes Alleinstellungsmerkmal, was es schwieriger macht, einzelverbandliches und auf den Gesamtbereich der freien Wohlfahrtspflege bezogenes Lobbying wahrzunehmen. Die Kontinuitätslinie von der Weimarer „Reichsarbeitsgemeinschaft der Hauptverbände der Freien Wohlfahrtspflege“ (auch LIGA genannt) zur Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) der Bonner Republik spiegelt hierbei die Tätigkeit eines ideellen Gesamtlobbyisten wieder, die sich keineswegs nur auf allgemeine und formelhafte Ziele reduziert. Bezogen auf die Entwicklungen seit den 1990er Jahren zeigt sich ihr politisches Agieren auf nationaler und europäischer Ebene wesentlich durch drei miteinander verzahnte Handlungsstrategien geprägt. Es sind zum einen sozialpolitische Stellungnahmen und Positionierungen zur Situation von unterschiedlichen Ziel-, Problem- und Klientengruppen der Sozialen Arbeit. Zum anderen handelt es sich um die politikberatende und -beeinflussende Mitarbeit in staatlichen, halbstaatlichen und verbandlichen Gremien oder Facharbeitskreisen auf bundesrepublikanischer und europäischer Ebene. Zum dritten schließlich positioniert sich die BAGFW in Form von Kampagnen, Projekten, Veranstaltungen und Kongressen sowie der jährlichen Verleihung des Sozialpreises.⁴⁵

42 Vgl. Joachim Merchel 2000: Trägerstrukturen in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. Juventa Verlag. Weinheim und München. S. 23.

43 Zum Begriff Ideologie vgl.: Werner Hofmann 1969: Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft. Ein Leitfaden für Lehrende. Rowohlt TB Verlag. Reinbek bei Hamburg.

44 Vgl. u. a.: Warnfried Dettling 1995: Politik und Lebenswelt. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Verlag Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

45 Vgl.: Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege 2012.

Dass diese Aktivitäten insgesamt nicht nur auf eine Weiterentwicklung einer zeitgemäßen sozialen Infrastruktur zielen, sondern ebenso auch auf eine weitgehende Bestandssicherung bestehender Fördersysteme gegenüber der freien Wohlfahrtspflege, ist für einen interessenpolitischen Zusammenschluss nicht wirklich überraschend. Gleichwohl schwindet, wie noch darzulegen, auch in den eigenen Reihen, zunehmend die Akzeptanz gegenüber dieser spitzenverbandlichen Gesamtarchitektur (BAGFW einschließlich ihrer Mitgliedsorganisationen). Grundsätzlich gesehen wird aus zwei unterschiedlichen Denkrichtungen die Angemessenheit solcher claim-artigen Strukturen in Frage gestellt. Zum einen handelt es sich um eine engagiert-sozialpolitische Position, die erfahrungsmäßig eingebunden in den Handlungskontext neuer sozialer Bewegungen ideologiekritisch den Einflussbereich und die systemstabilisierende Rolle der traditionellen Wohlfahrtspflege kritisiert und für größere Autonomie, Selbstorganisation und Selbsthilfe der Betroffenen plädiert.⁴⁶ War diese Position vor allem für die späten 1960er bis hin zu den 1980er Jahren meinungsbildend, so haben sich diese kritischen Stimmen insofern relativiert, als viele der damaligen Protestströmungen und -Initiativen selbst inzwischen Teil der freien Wohlfahrtspflege geworden sind und von diesen adoptiert wurden. Daneben findet sich seit Ende der 1980er Jahre vermehrt eine zweite aus ordoliberaler Sicht vorgetragene Kritik, aus der die Legitimität des Systems Freier Wohlfahrtspflege schlichtweg verneint und entschieden für eine sozial marktwirtschaftliche Neugestaltung des Gesamtsystems der Wohlfahrtspflege plädiert wird.⁴⁷

Verhielt sich die BAGFW als Sprachrohr der Spitzenverbände noch in den 1980er Jahren gegenüber solchen fundamentalkritischen Stimmen eher zögerlich und defensiv, so hat sich dies zwischenzeitlich geändert. Spätestens seit dem Deutschen Fürsorgetag 2003 ist nämlich zu sehen, dass den nicht abreißenden kritischen Einwüfen nunmehr mit einer offensiven Kommunikationskampagne begegnet wird. Sie zielt darauf, die aus der Sicht der BAGFW unverzichtbaren Leistungen der freien Wohlfahrtspflege herauszustellen und praktisch zu belegen. Interessant hierbei ist die Verständigung aller Spitzenverbände auf eine gemein-

46 Vgl. Rudolph Bauer 1984: Die liebe Not: zur historischen Kontinuität der Freien Wohlfahrtspflege. Beltz Verlag, Weinheim; Rudolph Bauer/Hartmut Diessenbacher 1984: Organisierte Nächstenliebe. Wohlfahrtsverbände und Selbsthilfe in der Krise des Sozialstaats. Westdeutscher Verlag, Opladen; Fritz Vilmar/Brigitte Runge 1986: Auf dem Weg zur Selbsthilfegesellschaft? 40.000 Selbsthilfegruppen. Gesamtüberblick, politische Theorie und Handlungsvorschläge. Klartext Verlag, Essen.

47 Vgl.: Monopolkommission 1998 a. a. O.; Institut der deutschen Wirtschaft 2004: Wohlfahrtsverbände in Deutschland. Auf den Schultern der Schwachen. Deutscher Instituts-Verlag, Köln.

sam formulierte Qualitätsmanagement-Strategie, die jeweils verbändespezifisch umzusetzen sei.⁴⁸ Transparenz, Nachweisbarkeit, Verbindlichkeit und Wirksamkeit des jeweiligen Dienstleistungsprofils sollen hierdurch für den gesamten Bereich der freien Wohlfahrtspflege durch die Beachtung folgender Referenzpunkte unterstützt und gesichert werden: Leitbildorientierung, Orientierung am persönlichen Nutzen, Gemeinwesen- und Bürgerorientierung, Mitarbeiterorientierung, Dienstleistungsorientierung, Ziel- und Wirkungsorientierung, Vertragspartnerschaft, Ressourcenorientierung und schließlich Management der Qualität. Eine weitere Variante dieser Kommunikationsstrategie zur Bestandssicherung der Liga-Architektur ist ihr neu präsentiertes Selbstverständnis als Repräsentant eines zivilgesellschaftlichen gemeinwohl-orientierten Sektors, der über die hiermit verbundenen Aufgaben eine nachhaltige öffentliche Förderung beansprucht.⁴⁹ Die vorgenannten Neupositionierungen als Kommunikationsstrategie zur Bestandssicherung zu etikettieren, wird nicht ohne Widerspruch bleiben. Solange jedoch evidenzbasierende Belege für solche vorgebrachten Optionen ausbleiben, halte ich an dieser Einschätzung fest. Denn programmatisches Selbstverständnis konjunktivistisch zu beschließen, ohne entsprechende und nachvollziehbare Aktivitäten folgen zu lassen, gleicht dem Bonmot „wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“.

Neben der von außen vorgetragenen Kritik am bisherigen System des spitzenverbandlichen Lobbyismus hat sich in den 1990er Jahren zudem eine endogene Variante herausgebildet. Diese aus den eigenen Reihen formulierte Kritik setzt mit zunehmendem Gewicht auf eigene Formen der Interessenvertretung. Geprägt durch die Erfahrungen, dass gleichermaßen die eigenen spitzenverbandlichen Dachverbände als auch die von ihr getragene BAGFW im Kontext neuer sozialwirtschaftlicher Rahmenbedingungen immer weniger für eine Interessenvertretung tauglich sind, konstituierte sich im Jahre 2000 der „Brüsseler Kreis“. Es ist der Zusammenschluss von großen evangelischen und katholischen Sozialunternehmen, die überwiegend im Bereich der Behindertenhilfe und der Pflege tätig sind. Unter diesem Dach werden mehr als 40.000 Angebote im Bereich stationärer, teilstationärer und ambulanter Dienste vorgehalten. Nach eigenen Angaben sind in allen Mitgliedseinrichtungen rd. 49.000 Personen beschäftigt; die unterschied-

48 Vgl.: Grundanliegen der Wohlfahrtsverbände zur Erreichung ihrer spezifischen Dienstleistungsqualität. Verabschiedet vom Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege. Berlin 18.03.2003; dgl.: Anforderungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) an die Darlegung und Prüfung von QM-Systemen.

49 Vgl.: Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege: Memorandum „Zivilgesellschaftlicher Mehrwert gemeinwohlorientiert sozialer Dienste“. Berlin Oktober 2004.

lichen Dienste erreichen mehr als 120.000 Klienten; erwirtschaftet wird ein jährlicher Umsatz von rd. 2,4 Mrd. Euro. Die Geschäftsstelle ist an der Stiftung Liebenau in Meckenbeuren angesiedelt, es besteht darüber hinaus ein Büro in Berlin und in Brüssel.⁵⁰

Neben dem Brüsseler Kreis belegt die Existenz von zwei weiteren dachverbandlichen Zusammenschlüssen eine organisationspraktische Kritik gegenüber dem traditionellen Lobbyismus in der Wohlfahrtspflege. Zu nennen sind hier der „Bundesverband privater Träger der freien Kinder-, Jugend- und Sozialhilfe e. V. – VPK“ sowie der „Bundesverband privater sozialer Dienste – BPA“.⁵¹ Wurde der VPK schon 1953 als zunächst regionaler Zusammenschluss durch 30 Kinderheime gebildet, so konstituierte sich der BPA 1964 als ein Zusammenschluss von Einrichtungen vornehmlich aus dem Bereich privat geführter Alten- und Pflegeheime. Bis in die 1990er Jahre interessenpolitisch weitgehend marginalisiert, gewinnen beide Zusammenschlüsse mit ihren sozial-wettbewerblichen Positionierungen zunehmend an Gewicht. Ihre langjährigen und entschiedenen Forderungen nach einer förderungsrechtlichen Gleichbehandlung mit Trägern der frei-gemeinnützigen Wohlfahrtspflege findet hierbei zunehmende politische Akzeptanz.⁵²

Wie zu sehen, sind dem bis in die 1990er Jahre bestehenden deutschen System der freien Wohlfahrtspflege inzwischen gänzlich neue Stellschrauben zugefügt worden, die zu einer deutlichen Erosion der früher bestandenen Unikatfunktion der deutschen Spitzenverbände geführt haben. Gleichwohl dominieren die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege – wenn auch nicht mehr unangefochten – den Markt sozialer Dienstleistungen. Insbesondere als Teil kirchlicher Organisationsstrukturen und damit einhergehender Zwecke verfügen sie zudem über verfassungsrechtliche Schutzgarantien und Ressourcenzugänge, die anderen Organisationen nicht oder nur sehr eingeschränkt zugänglich sind.⁵³

50 Nähere Informationen zum Brüsseler Kreis siehe: www.bruessler-kreis.de.

51 Nähere Informationen zu den Organisationen siehe: www.bpa.de und www.vpk.de.

52 Siehe u. a.: BPA-Fachtag Oktober 2015. „Der Markt ist ein Pfadfinder der Bedürfnisse“. Dr. Norbert Blüm unterstreicht auf bpa-Fachtag die Bedeutung der privaten Pflegeunternehmen/Experten warnen vor Unterversorgung; Werner Schipmann: Rechtliche Gleichstellung aller Träger in der Jugendhilfe. VPK-Fachbeiträge; VPK Schriftenreihe Band 2: Förderung in Kindertageseinrichtungen, Rechtsanspruch, Finanzierung, Bedarfsplanung, Chancengerechtigkeit. Rechtsexpertisen von Prof. Dr. jur. Johannes Münder und Dr. Ilse Wehrmann.

53 GG, Art. 123 und Art. 140, Weimarer Verfassung Art. 136–139 und 141. Siehe auch: Matthias Branah/Winfried Fuest 1995: Kirchensteuer in der Diskussion. Deutscher Institutsverlag. Köln; Walter Leisner 1990 und 1991: Staatliche Rechnungsprüfung

Was bezogen auf die Entstehung der freien Wohlfahrtspflege in Deutschland noch klar und eindeutig erschien, wirft heute erhebliche Zweifel auf. Schließlich ist inzwischen allgemein akzeptiert, dass die Sicherstellung und Weiterentwicklung sozialinfrastruktureller Einrichtungen und Dienste eine öffentliche Angelegenheit darstellen, was keineswegs zwangsläufig einhergehen muss mit staatlichen Organisationsformen oder Trägerschaften.⁵⁴ Durchaus kontrovers wird um die Frage gestritten, in welchem Umfang, durch welche Hilfe- und Organisationsformen dieses erfolgen soll. Angesichts der inzwischen erreichten Trägerpluralität sowie der breiten Palette unterschiedlicher Organisations- und Rechtsformen beim Betrieb sozialer Einrichtungen stellt sich deshalb u. a. auch die Frage, warum all diese Aktivitäten immer noch unter dem Oberbegriff der „freien Wohlfahrtspflege“ subsumiert werden sollen. Denn welchen Sinn macht dieses ausschließlich in deutschsprachigen Ländern verwendete Attribut „frei“, wenn es doch hierfür durchaus andere weniger erklärungsbedürftige Bezeichnungen gibt?⁵⁵

Die Frage stellt sich umso mehr, als sich in jüngster Zeit weitere und ganz neue Prozesse der Organisation im Bereich der Wohlfahrtspflege vollziehen, die abseits der traditionellen Spitzenverbände neben den schon genannten Organisationen ebenso auf eine eigene Interessenvertretung ausgerichtet sind. So gründete sich im Juni 2014 der „Verband für interkulturelle Wohlfahrtspflege, Empowerment und Diversity – VIW“ mit dem Anliegen, ergänzend und als Gegengewicht gegenüber den etablierten Trägern der BAGFW tätig zu werden.⁵⁶ Und wie eingangs schon erwähnt, unternimmt seit dem Jahre 2013 die „Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V. – DITIB“ den Versuch, einen eigenständigen muslimischen Wohlfahrtsverband in der Bundesrepublik zu etablieren.

Privater unter besonderer Berücksichtigung der Freien Wohlfahrtspflege. Verlag Duncker & Humblot. Berlin.

- 54 Dass die Wahrnehmung von öffentlichen Aufgaben keineswegs gleichzusetzen ist mit staatlichen Organisationsformen, gehört zum essentiellen Erkenntnisstand der Staats- und Verwaltungswissenschaft. Demnach sollen Aufgaben gleichermaßen zweckorientiert, verfassungsbezogen und jeweils spezifisch verfahrens-/organisationsorientiert wahrgenommen werden; sie umfassen damit ein weites Spektrum verschiedener Organisierungsmuster und Rechtsformen. Vgl. Th. Ellwein, J.J. Hesse: Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland. 6., neubearbeitete und erweiterte Auflage. Westdeutscher Verlag Opladen 1987. S. 347 f.
- 55 Im angloamerikanischen Sprachraum werden Wohlfahrtsverbände bzw. vergleichbare Organisationen mit „charityorganization“, „welfareorganizations“, z.T. auch als „volunteeringorganizations“ bezeichnet.
- 56 Gründungserklärung zum VIW aufzufinden in: <http://www.korIENTATION.de/2014/06/20/empowerment-und-diversitaet-in-der-sozialarbeit-der-neugegruendete-verband-fuer-interkulturelle-wohlfahrtspflege-findet-grossen-anklang>

All dies zeigt, dass der Terminus „Freie Wohlfahrtspflege“ als begriffliches Konstrukt bestenfalls zur Legitimation spitzenverbandlicher Einflusszonen und Ausgrenzung unliebsamer Konkurrenten beim Zugang um öffentliche Haushaltsmittel tauglich ist, nicht aber als Gesamtbezeichnung für die heute im bundesrepublikanischen Wohlfahrtssektor handelnden Akteure.

Schon 1994 konstatierte eine durch den Deutschen Verein vorgelegte Studie zur Befragung leitender Mitarbeiter in der Wohlfahrtspflege folgenden Befund: „Empirisch unstrittig ist bei allen Befragten die Feststellung, dass in der alltäglichen Arbeit die praktische Bedeutung christlichen Engagements vor Problemen der Professionalisierung und Organisierung des Helfens ... zurücktritt. ... Mit der Entscheidung, in einem kirchlichen Verband Sozialarbeit zu leisten, entscheidet man sich zwar weniger dafür, einer bestimmten Weltanschauung zu dienen, als dafür, eine bestimmte sozialberufliche Tätigkeit auszuüben, mit all ihren spezifischen Chancen und Risiken für den persönlichen Werdegang. ... Die Frage der Befähigung für eine Tätigkeit in einem konfessionell geprägten Verband wird eindeutig im Sinne der Professionalisierung beantwortet.“⁵⁷ Diese Einschätzungen wurden in der Folgezeit durch weitere Untersuchungen bestätigt. Sie alle belegen die zunehmende Relevanz von fachlichen Prinzipien für die Ausgestaltung von Sozialen Hilfen und die sich relativierende Bedeutung verbandlicher Wertemuster.⁵⁸ Dies bedeutet nun keineswegs, dass wertgebundene Gesichtspunkte bedeutungslos würden; die Befunde verweisen vielmehr auf die schwindende Prägungskraft und Verbindlichkeit solcher institutionellen Wertekodizes.⁵⁹

Der hier geforderte Perspektivenwechsel käme den Interessen von Klienten sicher entgegen, zumal deren Einschätzung über den Nutzen und die Qualität Sozialer Dienste weniger an verbandsideologischen Prämissen als vielmehr an unmittelbaren Erfahrungen mit der persönlichen und direkten Dienstleistungserbringung (uno actu-Prinzip) orientiert sein dürfte. Auch der Befund weitgehend übereinstimmender Rollensettings von Führungskräften als Unternehmer, Experte und Basisarbeiter belegt die Tendenz einer zunehmend fachlichen, d. h. zugleich verbandsunspezifischen Dienstleistungserbringung⁶⁰.

57 Gerhard Frank/Claus Reis/Manfred Wolf 1994, S. 147 f.

58 Vgl. u. a.: Boeßenecker u. a. 2003.

59 Siehe hierzu auch die Ergebnisse der von Nübel 1993 durchgeführten Befragungssaktionen innerhalb diakonischer Einrichtungen. In: Hans Ulrich Nübel: Die neue Diakonie: Teilhabe statt Preisgabe. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommen zu Wort. Lambertus Verlag, Freiburg i.Br. 1994.

60 Vgl. hierzu ausführlich: B. Badura, P. Gross: Sozialpolitische Perspektiven. Eine Einführung in Grundlagen und Probleme sozialer Dienstleistungen. München 1976. J. Berger, C. Offe: Die Entwicklungsdynamik des sozialen Dienstleistungssektors. In:

Für das Festhalten an dem zumal groß geschriebenen Attribut „Freie“ Wohlfahrtspflege gibt es damit immer wenige gute Gründe, zumal auch aus juristischer und ordnungspolitischer Sicht diese bisher praktizierte Eigeninterpretation unter Druck geraten ist.⁶¹ Bislang proklamierte Alleinzuständigkeiten der Wohlfahrtsverbände bewegen sich damit nicht nur auf einem rechtlich unsicheren Boden, sondern folgen einem engen und durch die Praxis von Sozialer Arbeit überholten Verbandsverständnis, das den heutigen Rahmenbedingungen nicht mehr entspricht.⁶² Für die forcierte Gründung eines muslimischen Wohlfahrtsverbandes sollten beschriebene Entwicklungen und damit verbundene Erfahrungen gründlich bedacht werden. Eine bloße Neuauflage des spitzenverbandlichen Korporatismus alter Prägung in einem nunmehr muslimischen Gewand wäre möglicherweise eher ein Beitrag zur gesellschaftlichen Abschottung und Desintegration muslimischer Bevölkerungsgruppen als zur Weiterentwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen. Auch die durchaus denkbaren und offensichtlich zur Diskussion stehenden Überlegungen zu einer Erweiterung der BAGFW um einen siebten Spitzenverband muslimischer Prägung⁶³ wäre kein wirklich innovativer Beitrag zur Überwindung des traditionsbegründeten Wohlfahrtskorporatismus. Verfestigt würden hierdurch vielmehr „historisch“ gewachsene Machtstrukturen und damit verbundene Besitzstände ohne zu einer neuen Architektur wohlfahrtsverbandlicher Aktivitäten und Interessenvertretung im Sozialstaat beizutragen. In der Perspektive einer neuen Subsidiarität wären eher Überlegungen ratsam, wie im Rahmen neuer Rechtsformen kooperativ und vernetzt soziale Dienste respektive Einrichtungen entwickelt werden können, die basierend auf den Bedarfen spezifischer Zielgruppen unter deren Mitwirkung zugleich die sozialplanerische Ausgestaltung einer hierfür notwendigen Infrastruktur sozialräumlich ermöglichen. In ein solches organisationsübergreifendes und neuen sozialen Sinn stiftendes Konsortium, möglicherweise in

Leviathan. Heft 8/1980. S. 41–75. Thomas Olk: Jugendhilfe als Dienstleistung. Vom Öffentlichen Gewährleistungsauftrag zur Marktorientierung? In: Widersprüche. Heft 53. Dezember 1994.

61 Vgl.: Johannes Münder 1996 a. a. O.

62 Vgl.: Berthold Becher 1996: Die Verbände der freien Wohlfahrtspflege vor dem Zwang zur Neupositionierung: Strategisches Management und Organisationsentwicklung. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge. 76. Jg. Heft 6/96. S. 178 ff.; Warnfried Dettling et al. 2010: Die Gesellschaft umbauen. Perspektiven Bürgerschaftlichen Engagements. Schriftenreihe des Sozialpädagogischen Instituts des SOS-Kinderdorf e. V.

63 Siehe hierzu: DITIB Pressemeldung vom 10. Nov. 2015: Islamische Wohlfahrtspflege: Deutsche Islamkonferenz stellt Weichen für die Zukunft. <http://www.ditib.de/detail1.php?id=489&lang=de>

Form trägerübergreifender Sozialgenossenschaften, Aktivitäten einer islamischen Wohlfahrtspflege mit aufzunehmen, könnte die Funktion solcher Verbände und Initiativen, wesentlich zum sozialen Kitt einer Gesellschaft beizutragen⁶⁴, befördern und mit neuen Impulsen versehen. Freigelegt und entwickelt würde hiermit der imaginäre Überschuss aus der dynamischen Einheit von sozialer Tatsache und Normativität; es wäre ein auf die Zukunft gerichtetes Entwicklungsdenken im Bewusstsein, dass das was ist, noch nicht alles gewesen sein kann.

Der im Kontext dieser Debatten oft bemühte und zuweilen überstrapazierte Begriff der Zivilgesellschaft könnte hierdurch endlich neue substanzielle Bedeutung erhalten. Dass soziologisch-empirische Beschreibungen zur Existenz von Drittssektor Organisationen hierzu ebenso wenig ausreichen wie eine normative Konstruktion der Zivilgesellschaft, ist schließlich hinreichend belegt.⁶⁵

Literatur

- Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ), Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin (1983): 60 Jahre für Jugendwohlfahrt 1922–1982. Bonn
- Badura, B./Gross, P (1976): Sozialpolitische Perspektiven. Eine Einführung in Grundlagen und Probleme sozialer Dienstleistungen. München
- Bauer, Rudolph (Hrsg. (1984): Die liebe Not: zur historischen Kontinuität der Freien Wohlfahrtspflege. (Beiträge der Tagung Zum Stand der Wohlfahrtsverbände-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland). Beltz Verlag. Weinheim
- Bauer, Rudolph/Diessenbacher, Hartmut (Hrsg.) (1984): Organisierte Nächstenliebe. Wohlfahrtsverbände und Selbsthilfe in der Krise des Sozialstaats. Westdeutscher Verlag. Opladen
- Becher, Berthold (1996): Die Verbände der freien Wohlfahrtspflege vor dem Zwang zur Neupositionierung: Strategisches Management und Organisationsentwicklung. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge. 76. Jahrgang. Heft 6/96. S. 178 ff.
- Berger, Johannes/Offe, Claus (1980): Die Entwicklungsdynamik des sozialen Dienstleistungssektors. In: Leviathan. Heft 8/1980. S. 41–75
- Boeßenecker, Karl-Heinz u. a. (2003): Qualitätskonzepte in der Sozialen Arbeit. Votum Verlag. Münster 2003.

64 Annette Zimmer 1996: Vereine – Basiselemente der Demokratie. Leske + Budrich. Opladen

65 Vgl. u. a.: Ansgar Klein (2001): Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Hintergründe und demokratietheoretische Folgerungen. Reihe Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Band 4. Leske und Budrich. Opladen; Helmut Dubiel (2001): Warum ist das Anrufen der Zivilgesellschaft so beliebt? Über die bewussten und unbewussten Unbestimmtheiten eines modernen Begriffs.

- Boeßenecker, Karl-Heinz/Vilain, Michael (2013): Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege. Eine Einführung in Organisationsstrukturen und Handlungsfelder sozialwirtschaftlicher Akteure in Deutschland. 2. Auflage. Beltz/Juventa. Weinheim und Basel
- Branahl, Matthias/Fuest, Winfried (1995): Kirchensteuer in der Diskussion. Hrsg.: Institut der deutschen Wirtschaft. Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik Nr. 224. Deutscher Instituts-Verlag, Köln
- Brüsseler Kreis. www.bruessler-kreis.de
- Buck, Gerhard (1983): Die Entwicklung der freien Wohlfahrtspflege von den ersten Zusammenschlüssen der freien Verbände im 19. Jahrhundert bis zur Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips in der Weimarer Fürsorgegesetzgebung. In: Rolf Landwehr, Rüdiger Baron (Hrsg.): Geschichte der Sozialarbeit. Beltz Verlag. Weinheim und Basel
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege – BAGFW (2013): Einrichtungen und Dienste der Freien Wohlfahrtspflege. Gesamtstatistik 2012. Berlin
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (2002): Die Freie Wohlfahrtspflege. Profil und Leistungen. Lambertus Verlag. Freiburg i.Br.
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (2003): Anforderungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) an die Darlegung und Prüfung von QM-Systemen. Verabschiedet vom Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege. Berlin 18.03.2003
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (2004): Memorandum „Zivilgesellschaftlicher Mehrwert gemeinwohlorientiert sozialer Dienste“. Berlin
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V. (Hrsg.) (2012): Jahresbericht 2011. Von Menschen für Menschen. Berlin
- Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit (1974): Schriftenreihe Band 13. Grundlegende Vorstellungen über Inhalt und Begriff moderner Jugendhilfe. Verlag W. Kohlhammer. Bonn
- Bundessozialhilfegesetz (BSHG) vom 30. Juni 1961 (BGBl. I. S. 815)
- Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e. V.: www.bpa.de
- Bundesverband privater Träger der freien Kinder-, Jugend und Sozialhilfe e. V. www.vpk.de
- Bundeszentrale für politische Bildung 1989 (Hg.): Deutsche Verfassungsgeschichte 1849–1919–1949. Bonn
- Dankwart Danckwerts (1978): Grundriß einer Soziologie sozialer Arbeit und Erziehung. Zur Bestimmung der Entwicklung von Sozialarbeit und Sozialpädagogik in der BRD. Beltz Verlag. Weinheim und Basel
- Detting (1995): Politik und Lebenswelt. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Verlag Bertelsmann Stiftung. Gütersloh
- Detting, Warnfried (1995): Politik und Lebenswelt. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Verlag Bertelsmann Stiftung. Gütersloh
- Detting, Warnfried et. al. (2010): Die Gesellschaft umbauen. Perspektiven Bürgerschaftlichen Engagements. Schriftenreihe des Sozialpädagogischen Instituts SOS-Kinderdorf e. V.
- Deutscher Bundestag (1998): 13. Wahlperiode. Drucksache 13/11291, 17.07.98, Sachgebiet 703: Zwölftes Hauptgutachten der Monopolkommission 1996/1997
- DITIB – Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V. <http://www.ditib.de/de-tail1.php>

- Dubiel, Helmut (2001): Warum ist das Anrufen der Zivilgesellschaft so beliebt? Über die bewussten und unbewussten Unbestimmtheiten eines modernen Begriffs.
- Frank, Gerhard/Reis, Claus/Wolf, Manfred (1994): „Wenn man die Ideologie weg läßt, machen wir alle das gleiche“ Eine Untersuchung zum Praxisverständnis leitender Fachkräfte unter Bedingungen des Wandels der freien Wohlfahrtspflege. Arbeitshilfen Heft 47. Deutscher Verein. Frankfurt a. M.
- Gesetz für Jugendwohlfahrt vom 11. August 1961 (JWG). §§ 2, 5, 8, 9, 12, 13 bis 16, 18 und 37.
- Gesetz zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (Kinder- und Jugendhilfegesetz – KJHG) i.d.F. Sozialgesetzbuch (SGB) Aches Buch (VIII). Kinder- und Jugendhilfe. In der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juni 1990.
- Hartmut Schulz, Hartmut (1995): Jugendhilfepolitische Steuerungselemente im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG). IN: AGJ (Hrsg.): Das Jugendamt als Dienstleistungsunternehmen. Steuerungsmechanismen in der Jugendhilfe. Bonn
- Hofmann, Werner (1969): Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft. Ein Leitfaden für Lehrende. Rowohlt TB Verlag. Reinbek b. Hamburg
- Institut der deutschen Wirtschaft (2004): Wohlfahrtsverbände in Deutschland. Auf den Schultern der Schwachen. Deutscher Instituts-Verlag. Köln
- IslamiQ 2014: Wohlfahrtspflege. Islamische Impulse für den Sozialstaat. <http://www.islamiq.de/2014/08/31/wohlfahrtspflege-islamische-impulse-fuer-den-sozialstaat/>
- Jordan, Erwin/ Mündler, Johannes (Hrsg.) (1987): 65 Jahre Reichsjugendwohlfahrtsgesetz – ein Gesetz auf dem Weg in den Ruhestand. Votum Verlag. Münster
- Klein Ansgar (2001): Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Hintergründe und demokratiethoretische Folgerungen. Reihe Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Band 4. Leske und Budrich. Opladen
- Landwehr, Rolf/Baron, Rüdiger (Hrsg.) (1983): Geschichte der Sozialarbeit. Hauptlinien ihrer Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert. Beltz Verlag. Weinheim und Basel
- Leisner, Walter (1990): Staatliche Rechnungsprüfung Privater unter besonderer Berücksichtigung der Freien Wohlfahrtspflege. Schriften zum Öffentlichen Recht, Band 585. Verlag Duncker & Humblot. Berlin
- Leisner, Walter (1991): Staatliche Rechnungsprüfung kirchlicher Einrichtungen unter besonderer Berücksichtigung der karitativen Tätigkeit. Ebd., Band 600. Berlin
- Lojewski, Gerd von/Sauermann, Uwe (1989): Unsere Wohlfahrt: Verbände, Funktionäre – und Filz? Bayerischer Rundfunk
- Merchel, Joachim (2003): Trägerstrukturen in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. Juventa Verlag. Weinheim und München
- Meyer, Dirk (2003): Wettbewerbliche Diskriminierung privat-gewerblicher Pflegeheimbetreiber. In: Sozialer Fortschritt. Jg. 52, Heft 10/2003. S. 261–265.
- Monopolkommission (1998): Marktöffnung umfassend verwirklichen. Hauptgutachten 1996/97. Nomos Verlag. Baden-Baden
- Müller, C. Wolfgang (1991): Soziale Arbeit und Sozialdemokratie in der 1. Deutschen Republik. In: Ilse Reichel-Koß/Ursula Beul (Hrsg.): Ella Kay und das Jugendamt neuer Prägung. Ein Amt, wo Kinder Recht bekommen. Juventa Verlag. Weinheim und München
- Mündler, Johannes (1996): Verbände der freien Wohlfahrtspflege – ein strittiger Begriff. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge. 76. Jahrgang. Heft 11/96. S. 350 ff.

- Münder, Johannes/Kreft, Dieter (Hrsg.) (1990): Subsidiarität heute. Votum Verlag, Münster
- Nübel, Hans Ulrich (1994): Die neue Diakonie: Teilhabe statt Preisgabe. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommen zu Wort. Lambertus Verlag, Freiburg i.Br.
- Paritätischer Wohlfahrtsverband – Landesverband Berlin e. V. (Hrsg.) (2015): Gerlinde Hollweg/Martin Franke/Elfi Witten: Den Wandel im Blick – offen und innovativ. 65 Jahre Parität. Die Geschichte des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Landesverband Berlin e. V.
- Potthoff, Heinrich (1989): Weimarer Verfassung: Ein Kompromiss zwischen Experten. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Deutsche Verfassungsgeschichte 1849–1919–1949. Bonn
- Reichsgesetzblatt. Jahrgang 1926. Teil 1. Dritte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen. Vom 4. Dezember 1926. 1. Abschnitt. Die soziale Wohlfahrtsrente. § 8.
- Reichsjugendwohlfahrtsgesetz vom 29. Juli 1922
- Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht – RFV – vom 13. Februar 1924
- Ruhl, Klaus-Jörg (1992): Hierarchie oder Anarchie? Der Streit um die Familienrechtsreform in den fünfziger Jahren. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 45/92. S. 31–42. Hrsg. Bundeszentrale für Politische Bildung. Bonn
- Ruhl, Klaus-Jörg (1993): Familie und Beruf. Weibliche Erwerbstätigkeit und katholische Kirche in den fünfziger Jahren. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 17/93. S. 30–38. Hrsg. Bundeszentrale für Politische Bildung. Bonn.
- Rundbrief Nr. 7 der Bundesarbeitsgemeinschaft Soziales und Gesundheit der Grünen 1985; Einladung und Material zur Fachtagung „Brauchen wir einen 7. Wohlfahrtsverband?“ Aufzufinden in: Archiv Grünes Gedächtnis, Heinrich-Böll-Stiftung e. V. Berlin, Bestand B.II.1, Akte Nr. 3410
- Sachße, Christoph (2005): Subsidiarität. In: Dieter Kreft, Ingrid Mielenz (Hrsg.): Wörterbuch Soziale Arbeit. Juventa Verlag, Weinheim und München. S. 931 ff.
- Sachße, Christoph (2012): Der Deutsche Verein und die „duale“ Wohlfahrtspflege. Eine Skizze zur Geschichte des deutschen Sozialmodells. In: Fachgebiet Sozialpolitik am Institut für Sozialwesen der Universität Kassel (Hrsg.): Dokumentation zur Jahrestagung am 6./7.10.2011 „Infrastrukturwandel im Wohlfahrtsstaat. Formen, Prozesse, Konsequenzen“. Redaktion Prof. Dr. Inge Bode et.al.
- Sachße, Christoph/Tennstedt, Florian (1988): Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Band 2. Fürsorge und Wohlfahrtspflege 1871 bis 1929. Verlag W. Kohlhammer. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz
- Schellhorn, Walter (2004): Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch – das neue SGB XII. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge. Heft 5/2004. S. 168 ff.
- Schuster, Rudolf (Hrsg.) (1980): Deutsche Verfassungen. 12. Auflage. Wilhelm Goldmann Verlag. München
- SOAL – Alternativer Wohlfahrtsverband. <http://www.soal.de/ueber-soal.html>.
- Sozialgesetzbuch (SGB). Achtes Buch (VIII). Kinder- und Jugendhilfe. I.d.F. der Bekanntmachung vom 8. Dezember 1998.
- Sozialgesetzbuch (SGB). Elftes Buch (XI). Pflegeversicherungsgesetz. i.d.F. vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1014).

- Sozialgesetzbuch II – Grundsicherung für Arbeit Suchende – Vom 24. Dezember 2003. BGBl. I S. 2954
- Thiersch, Hans (1992): Lebensweltorientierte Soziale Arbeit. Aufgaben der Praxis im Wandel. Juventa Verlag. Weinheim und München
- Vilmar, Fritz/ Runge, Brigitte (1986): Auf dem Weg zur Selbsthilfegesellschaft? 40.000 Selbsthilfegruppen: Gesamtüberblick, politische Theorie und Handlungsvorschläge. Klartext Verlag. Essen
- Von Boetticher, Arne/Münder, Johannes (2010): Europäisches Wettbewerbsrecht versus Sozialsubventionen in der Kinder- und Jugendhilfe. In: Blickpunkt Jugendhilfe. 15. Jg., Heft 2/2010. S. 3–22.
- Von Nell-Breuning, Oswald (1976): Das Subsidiaritätsprinzip. In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit. S. 6–17
- Wangler, Walter (1998): Bürgerschaft des inneren Friedens. Sozialpolitik in Geschichte und Gegenwart. Westdeutscher Verlag. Opladen/Wiesbaden
- Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Hg.) (1981): Seit über einem Jahrhundert ...: Verschüttete Alternativen in der Sozialpolitik. Bund-Verlag. Köln
- Wohlfahrt, Norbert (1999): Zwischen Ökonomisierung und verbandlicher Erneuerung: Die Freie Wohlfahrtspflege auf dem Weg in einen veränderten Wohlfahrtsmix. In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, H.1, 3–8.
- Zimmer, Annette (1996): Vereine – Basiselement der Demokratie. Leske + Budrich. Opladen.

Ökonomisierung und Säkularisierung
Neue Herausforderungen der konfessionellen
Wohlfahrtspflege in Deutschland
Ceylan, R.; Kiefer, M. (Hrsg.)
2017, VIII, 465 S. 3 Abb., Softcover
ISBN: 978-3-658-15255-0